

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Was wird werden?

Von Heinrich Cunow

Die Frage, was von den verschiedenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die heute gewöhnlich unter dem Ausdruck „Kriegssozialismus“ zusammengefaßt werden, nach Friedensschluß bestehen bleiben wird, hat bisher weit mehr die Köpfe bürgerlicher Nationalökonomien und Sozialtheoretiker beschäftigt als die Arbeiterpresse. Diese Zurückhaltung beweist keineswegs, daß die sozialdemokratische Partei sich um eine solche Erörterung nicht kümmert, sondern daß die heutige kriegswirtschaftliche Verbrauchsregelung wie das gesamte Versorgungs- und Unterstützungsweisen dieser Partei und den freien Gewerkschaften die mannigfachen Anregungen und Antriebe; aber zunächst beschäftigen sie natürlich weit mehr die Streitigkeiten in den eigenen Reihen und die dringende Frage, welche staatlichen und gemeindlichen Einrichtungen sind nötig, um die Lage der Arbeiterschaft in der jetzigen Steuerungszeit einigermaßen erträglich zu gestalten und ihr die durch die politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte im Staatsleben errungene Stellung zu erhalten. Was die Frage danach, wie sich nach dem Kriegsende das Wirtschaftsleben gestalten wird, noch so wichtig sein, wichtiger ist die soziale Gegenwartigkeit. Zudem läuft heute noch jeder Versuch, die Lebenshaltung und die Fortzeugungskraft der durch die Kriegsnot geschaffenen kriegswirtschaftlichen Neueinrichtungen zu wahren, auf eine bloße Wahrscheinlichkeitsrechnung hinaus, denn wir wissen nicht, welche Veränderungen die kommenden Kriegsmomente noch in unserem Wirtschaftsleben hervorrufen werden, welche Lasten und Kraftaufspeicherungen der Krieg uns hinterlassen und welche neuen Lebensmöglichkeiten er uns eröffnen wird — und doch wird diese von bestimmendem Einfluß auf die neue Wirtschaftszeit nach dem Kriege sein.

Tatsächlich kommen denn auch die bürgerlichen Sozialwissenschaftler, die den heute noch die nächste Wirtschaftszukunft verhillenden Schleier lüften möchten, über einige allgemeine Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen nicht hinaus. Dennoch sind keineswegs alle derartigen Versuche ohne weiteres unnütz, denn ist es auch noch verfrüht, schon heute feststellen zu wollen, nach dem Kriege sich das Wirtschaftsleben im einzelnen gestalten wird, so lassen sich doch immerhin ziemlich deutliche Richtungslinien der Bewegung erkennen.

Bezeichnend für so manche Aenderung, die bisher schon der Krieg in den Anschauungen der bürgerlichen Gelehrtenwelt hervorgebracht hat, ist die Tatsache, daß selbst solche Sozialwissenschaftler, die der Meinung sind, nach dem Kriege werde die heutige „Lebens zum Staatssozialismus“ schnell verblasen und das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit wieder als allein richtig anerkannt werden, doch eine gewisse Fortwirkung der heutigen sogenannten kriegswirtschaftlichen Organisation auf die neue Wirtschaftszeit annehmen. Wie weit sich diese Wirkung erstrecken wird, darüber bestehen freilich große Meinungsverschiedenheiten. Sind die einen der Ansicht, daß der Staat in seiner Fürsorge für die zukünftige Kriegsbereitschaft sich darauf beschränken wird, die Reihe der Staatsbetriebe (besonders Militärbetriebe) zu vermehren und sich über die Industriezweige, die für die Erhaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegszeit besonders in Betracht kommen, eine gewisse Aufsicht zu sichern, so erwarten andere, wie zum Beispiel Hermann Lehy und Franz Oppenheimer eine Art „Vorratswirtschaft“, die schon im Frieden dafür sorgt, daß zu Kriegsbeginn nicht nur ein gewisser Vorrat von Munition, sondern auch von notwendigen Rohstoffen, Lebensmitteln und technischen Betriebsmitteln zur ungehinderten Fortführung des Produktionsprozesses vorhanden ist. Eine dritte Gruppe von Professoren, darunter vornehmlich Edgar Jaffe und Karl Wallob, rechnen sogar mit einer Art staatssozialistischer Organisation der wichtigsten Produktionszweige, einer sogenannten „Militarisierung des Wirtschaftslebens“.

Wallob meint in seinem Aufsatz „Einiges aus der Utopienliteratur der letzten Jahre“ (erstes Heft des sechsten Jahrgangs des von Professor Grünberg herausgegebenen Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung), daß durch den jetzigen Krieg der Glaube an die Herrlichkeit des freien Wettbewerbs zerstückelt sei und auch die Regierung zur Erkenntnis kommen werde, eine organisatorische Zusammenfassung der Kräfte bringe größere Wirkungen hervor, als die wirtschaftliche Zersplitterung vor dem Kriege. Die Folge werde sein, daß der Staat nach und nach eine „Reihe von Wirtschaftszweigen“ in eigenen Betrieb nehmen werde. Und Edgar Jaffe sagt im ersten Kriegsheft (Dezember 1914) seines Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik seine Ansicht in die Worte zusammen: „Eines aber ist gewiß, nach diesem Kriege, im kommenden Frieden, wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Ruck nach vornwärts bedeuten, und dieser Fortschritt kann kein anderer sein als der auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Was heute unter dem Druck der militärischen Notwendigkeit geschieht, wird und kann mit diesem nicht wieder verschwinden; wahrscheinlich sind die Kriegsmassregeln nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugealtungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist.“

Ob die Folgerungen Wallobs und Jaffes in allen Teilen zwingend sind, kann hier außer Betracht bleiben; daß aber in jedem Falle ihre Ansicht, nach dem Kriege werde sich viel mehr als je bisher die Forderung einer auf die militärische Kriegsbereitschaft gerichteten staatssozialistischen Organisation in unserem Wirtschaftsleben durchsetzen, eine weit größere Wahrscheinlichkeit hat als die entgegengesetzte Meinung, die wirtschaftliche Entwicklung werde im alten Geleise fortzöckeln, darüber kann meines Erachtens bei niemandem, der die wirtschaftlichen Umwälzungen während des ersten Kriegsjahres verfolgt hat, ein Zweifel bestehen. Die Frage: „Was wird von den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen bleiben?“ ist freilich in dieser Form unrichtig. Die meisten der jetzigen Kriegsmassregeln sind Gelegenheits-, man kann in gewissem Sinne sagen Verlegenheitsmaßnahmen, entstanden aus der Kriegsnot und bestimmt, gewissen Mängeln abzuhelfen, die sich während des Krieges aus dem zerstückelten kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb ergeben haben. Sie stellen sich daher als

Organisationsimprovisationen dar, die größtenteils für die Friedenszeit gar nicht passen. Die Frage muß vielmehr lauten: „Hat sich die Erzeugung und Verteilung der Güter nach dem Prinzip der freien Konkurrenz während der Kriegszeit als den Bedürfnissen der Landesverteidigung und Volksernährung angepaßt erwiesen, oder müssen notwendig im Interesse der Landesverteidigung, des Staats- und Volkslebens Organisationsänderungen in sozialpolitischer Richtung vorgenommen werden?“

Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Bestimmte Kreise der Industriellen mögen sich aus Eigennutz gegen die Erkenntnis sträuben, daß der freie Wettbewerb verfaßt hat; den breiten Volksmassen sowie einem großen Teil der Gelehrtenschaft, der Verwaltungsbürokratie und vor allem der Militärverwaltung dürfte denn aber doch der Krieg die Erleuchtung gebracht haben, vieles in unserem kapitalistischen Wirtschaftsgebäude bedürfe einer Umänderung!

Ganz abgesehen von allen Kriegserfahrungen kann schon deshalb die wirtschaftliche Entwicklung nicht dort wieder einsehen, wo sie vor dem Kriege stand, weil die kapitalistische Wirtschaft wesentlich anders aus dem Kriege herauskommt, als sie hineingegangen ist, und ganz andere Lebensbedingungen vorfindet. Vornehmlich wird schon bald nach Beendigung des Krieges die Bankrottfinanz eine weit größere Rolle spielen. Reich und Bundesstaaten, Kreise und Gemeinden, sie alle werden nach Anleihen schreien, um ihre während des Krieges aufgelaufenen Geldbedürfnisse zu befriedigen. Und nicht geringere Anforderungen werden Industrie und Handel stellen; denn die Rohstoffvorräte sind aufgearbeitet, die alte Lagerware ist abgestoßen, die Maschinenriehe ist zum großen Teil verschliffen. Die Bankfinanz erlangt aller Voraussicht nach im Wirtschaftsgebäude eine ganz andere Bedeutung, wie sie bisher gehabt hat, und mit ihrer Macht wächst die Abhängigkeit der Großindustrie und des Großhandels von ihr.

Ferner ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß, um die verbrauchten Kriegsmaterialien zu ergänzen und in ihrer Erzeugung von der Privatindustrie unabhängiger zu sein, die Seeresverwaltung auf Einrichtung neuer Militärbetriebe drängen wird, denen sich, da die ungeheure Kriegsschuldung in keinem Falle allein durch neue Steuern gedeckt werden kann, voraussichtlich die staatliche Monopolisierung einer Reihe Industriezweige anreihen wird.

Und ferner wird man kaum wie bisher die Versorgung der deutschen Industrie mit unentbehrlichen Rohstoffen dem Belieben des Einfuhrhandels überlassen. Der Staat wird auch dort regeln eingreifen müssen, indem er das Falten gewisser Vorratsmengen anordnet, durch gesetzgeberische Maßnahmen und Unterstützungen den Anbau bestimmter Rohstoffe fördert, die Verwendung einzelner Rohstoffe (zum Beispiel des Kupfers) zur Herstellung von gewissen Waren beschränkt oder verbietet, und andererseits die Erzeugung oder die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse, wie der Steinkohle, des Eisenerzes oder des Hoheisens, unter staatliche Aufsicht stellt. Maßnahmen, die schon heute in Betracht der Syndizierung dieser Industriezweige leicht durchzuführen sind.

Selbstverständlich können und werden diese Maßregeln nicht über Nacht eingeführt werden; doch die Richtung der Entwicklung geht ungewisselhaft nicht auf eine Wiebherstellung der sogenannten Wirtschaftsfreiheit, sondern auf eine Unterordnung dieser Freiheit unter die staatlichen Lebens- und Wachstumsbedingungen — auf die staatliche Organisation und Kontrollierung des Wirtschaftsgebietes. Wie diese Maßnahmen durchgeführt werden und wie weit die Wünsche der Arbeiterschaft dabei Berücksichtigung finden, wird hauptsächlich davon abhängen, welchen politischen Einfluß die sozialdemokratische Partei auf die Staatsgewalt ausübt. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft unter staatliche Aufsicht gelangt, desto mehr muß die Sozialdemokratie versuchen, politische Macht zu gewinnen.

Die Zukunft der Automobilindustrie

In der Fachpresse des Kraftfahrwesens herrscht frohe Stimmung. Der Krieg bringt den Fabrikanten reichen Gewinn, je länger er dauert. Und sogar dem kommenden Frieden sieht man schon als Gewinnbringer entgegen. Die Regierung ist der Industrie dadurch entgegengekommen, daß sie gestattet, bisherige Formen weiterzubauen, so daß man sich nicht mit Neuerungen abzuquälen braucht, und außerdem dadurch, daß sie das Ausfuhrverbot für keine Wagen (bis zu 6 Steuerpferdekraften) und die Benzinsperre in manchen Bezirken aufgehoben hat.

Nachdem der Krieg ein Jahr gedauert hat, hat die Allgemeine Automobil-Zeitung eine Rundfrage an die Fabrikanten erlassen, um festzustellen, inwieweit Beschäftigung vorhanden ist, welche Aussichten man für die Zukunft hat, ob für die Friedenszeit schon Aufträge vorliegen, ob Einbußen zu verzeichnen sind und wie sich voraussichtlich die Ausfuhr gestalten wird. Außerdem bezog sich die Rundfrage auf die Kriegserfahrungen und die durch den Krieg herbeigeführten Verbesserungen an den Maschinen. In ihrer Nummer vom 14. August teilt das Fachblatt die Antworten der Fabrikanten mit, die insofern wichtig sind, als sie durchweg auf günstigen Ton getimmt sind. Allgemein hofft man, daß der kommende Waffenstillstand lang genug sein möge, um Zeit zum Besuch der Rundfrage zu haben, um das Friedensgeschäft gut vorbereiten zu können. Die Zulieferfirmen sagen offen, daß sie „einen vorher ungekannten Aufschwung“ voraussehen, zumal da ja die Bedeutung des Automobils „erst im Laufe des Krieges richtig zur Geltung gekommen“ sei usw. Die allermeisten Autofabrikanten haben natürlich vollauf mit Seereslieferungen zu tun, haben somit auch nicht unter Arbeitermangel zu leiden. Hauptächlich blühe jetzt das Geschäft der Lastwagen. In Deutschland sind in letzter Zeit mehrere neue Lastwagenfabriken entstanden. Die Motorradhersteller haben an mehreren Orten große Fabrikvergrößerungen vornehmen müssen, zum Beispiel R. S. U., Solfried, Siadner und andere. Die Zulieferfirmen sind, wie aus den Antworten hervorgeht, mit der Herstellung von Armaturen, Bergfesseln, Proviant- und Sanitätswagen gut beschäftigt. Zusammenfassend sagt die Automobil-Zeitung: „Fast alle Automobilfabriken glauben an eine enorme Konjunktur ihrer Branche, speziell werden

dem Lastwagen überall sehr gute Aussichten prophezeit.“ Mehrere Firmen erklären, schon Aufträge für die Friedenszeit zu haben. Ein Beweis felsenfester deutscher Zuverlässigkeit.

Wemerkenswert für uns ist die Beantwortung der Frage, ob sie in bezug auf Personal für die Friedenszeit vorgesorgt hätten. Die Fabrikanten antworten, daß die Verluste durch das in den Etappen z. freierwerbende Personal ersetzt werden würden. Die Firma P. o. u. s. antwortete: „Zum Teil war Ersatz nicht nötig, weil sich das Geschäft mit der Seeresverwaltung sehr viel einfacher gestaltet als das Friedensgeschäft mit seinen tausendfachen Variationen, und im übrigen erwarten wir unser gesamtes Personal wieder zurück. Jedenfalls ist jedem einzelnen Beamten seine Position gesichert worden, ebenso auch jedem Arbeiter.“ Das Blatt fügt hinzu, daß sich dieser menschlich schöne Zug auch bei anderen Firmen zeige. So schreibe der Leipziger Karosserie August B. f. a. u., daß er „mit seinem zur Fahne einberufenen kaufmännischen, technischen und Arbeiterpersonal dauernd in Fühlung bleibe und nach dem Kriege mit denselben gut eingearbeiteten Leuten flott weiterarbeiten“ hoffe. Gelobt wird in den Antworten das große Entgegenkommen der Seeresverwaltung bei der Reklamation unentbehrlicher Arbeiter, dem es zu danken sei, daß die Betriebe vollauf in Ordnung blieben. In bezug auf die Ausfuhr ist man nicht sehr ängstlich, trotz Englands Versuchen, uns überall das Geschäft abzujagen. „Man wird da wieder anfangen zu arbeiten, wo man beim Kriegsausbruch aufgehört hat.“ Deutscher Handel und deutsche Industrie würden den Auslandshandel wieder erobern und schon zeigten die deutschen Automobilwerke im Ausland sich als gutes Wahrzeichen dafür.

Auf die Frage: „Werden Ihnen die gesammelten Kriegserfahrungen voraussichtlich zu wichtigen konstruktiven Verbesserungen Ihrer Fabrikate Veranlassung geben?“ antworteten die Fabrikanten übereinstimmend, daß sie im wesentlichen keine Klagen über ihre Fabrikate gehört hätten. Deutsche Arbeit scheint sich eben überall und in allen Dingen betätigt zu haben. Für Lastwagen dagegen scheint es, daß künftig gewisse Verbesserungen sich dauernd einbürgern würden, in erster Linie die Vergrößerung der Werksfläche. Wahrscheinlich werde sich auch ein ausgeprägtes Kriegsmotortad herausbilden, wenn die Militärverwaltung ihre diesbezüglichen Erfahrungen bald bekanntgeben wollte. Auch die Zulieferfirmen sprechen in ihren Antworten nur von kleinen fortlaufenden Verbesserungen, die die spätere persönliche Fühlungnahme bringen und die persönlichen Erfahrungen, die die aus dem Felde zurückkehrenden Kraftfahrer mit nach Hause bringen werden. Das letztere ist besonders wichtig; ist doch so manche Verbesserung auf die Erfahrungen der Arbeiter zurückzuführen. Aber auch die übrigen Ausführungen dürften für unsere Kollegen sehr lehrreich sein und ihnen beweisen, daß auch sie nach dem Kriege ein Recht haben, an dem kommenden Aufschwung teilzunehmen.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913

Die Krankenversicherung.

Die Reichsversicherungsordnung hat auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine Reihe eingehender Veränderungen hervorgerufen, die besonders auch die Einrichtung der Krankenversicherung berührten. Seit 1912 sind bereits die Hilfskassen als Träger der Versicherung weggefallen und mit Beginn des Jahres 1914 sind die Gemeindekrankenstellen und Baukrankenstellen aufgehoben und die Landkrankenstellen neu eingeführt worden. Durch diese Veränderungen wird die Vergleichbarkeit der Jahresstatistiken mit den früheren bis zum Jahre 1911 stark beeinträchtigt und erst mit der fortschreitenden Zeit wird dieser Mangel allmählich überwunden werden.

Die fünf Klassenarten, welche nach dem Ausscheiden der beiden Hilfskassen für die Statistik noch in Frage kommen, zählten 1913 zusammen 21 342 (1912 21 659) Klassen, ihre Zahl ging gegen das Vorjahr um 317 zurück. Dagegen stieg die Zahl der Klassenmitglieder um 348 768. Es waren in allen Klassen 1913 13 566 473 (13 217 705*), darunter 4 127 401 weibliche Mitglieder vereinigt. Rechnet man zu dieser Zahl noch die 332 877 Personen hinzu, die 1912 den Knappschaftskassen angehörten (für 1913 liegen Angaben noch nicht vor), so ergibt sich, daß 1913 rund 14,5 Millionen Personen gegen Krankheit versichert waren, das ist über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs. Nicht eingeschlossen sind hierbei die Mitglieder der Ersatzklassen, doch handelt es sich bei diesen Klassen wohl hauptsächlich um doppeltversicherte Personen. Die Betriebskrankenstellen bilden mit 36,1 Prozent den größten Anteil an der Gesamtzahl der Klassen. Trotzdem bilden die Ortsklassen den überwiegendsten Bestandteil der Krankenversicherung, denn sie vereinigen mit 57 Prozent reichlich die Hälfte aller Mitglieder. Ihre Bedeutung drückt sich denn auch in dem verhältnismäßig hohen Durchschnittsanteil aus, der auf jede Klasse an Mitgliedern entfällt. Auf jede Ortskrankenstelle kommen im Durchschnitt 1654 und auf jede Betriebskrankenstelle 482 Mitglieder, während die Durchschnittszahl aller Klassen 635 Mitglieder beträgt.

Die Zahl der mit Erwerb unfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle steigerte sich von 5 633 956 im Vorjahre auf 5 710 251 im Jahre 1913. Das ist ein Mehr von 76 295 Fällen, das ungefähr der gestiegenen Mitgliederzahl entspricht. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 42,6 und 1913 42,1 Krankheitsfälle. Der Stand der Erkrankungsfälle ist demnach gegen das Vorjahr um ein geringes günstiger geworden. Das gleiche kann jedoch nicht von der Krankheitsdauer gesagt werden, hier ist eine Verschlechterung eingetreten. 1912 kamen auf je 100 Mitglieder 849 und 1913 865 Krankheitsstage (Unterstützungstage). Die Dauer eines Erkrankungsfalles betrug im Durchschnitt 1912 19,9 und 1913 20,6 Krankheitsstage. Auch die Sterblichkeitszahl stellt sich 1913 günstiger als im Vorjahre. Es sind 81 581 Sterbefälle zu verzeichnen, darunter 62 212 männlicher und 19 369 weiblicher Personen. Hierbei sind indes die Sterbe-

* Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Vergleichszahlen des Jahres 1912.

fälle bei der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese keine Sterbeunterstützung gemährt. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 0,72, dagegen 1913 0,69 Sterbefälle.

Die Entwicklung der Krankenversicherung zeigt eine ständige Aufwärtsbewegung ihrer Leistungen. Die Krankheitskosten sind in einer fortgesetzten Steigerung begriffen, von 1912 bis 1913 ist die Erhöhung dieser Ausgaben sogar erheblich. Es betrug die Gesamtsomme an Krankheitskosten 390 686 552 M (359 737 713 M), sie machte 30 948 839 M mehr aus als 1912. Der auf jedes Krankenmitglied entfallende Durchschnittsanteil an Krankheitskosten stieg von 27,22 M im Jahre 1912 auf 28,80 M im Berichtsjahre. Es wurden verausgabt: für ärztliche Behandlung 93 941 390 M (85 633 295 M), für Arznei und Heilmittel 60 317 655 M (54 706 040 M), für Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten 58 933 621 M (53 553 500 M), für Genesungsfürsorge 341 816 M (307 475 M), an Krankengeld 161 541 356 M (150 398 441 M), für Wöchnerinnen 7 578 774 M (7 206 043 M) und an Sterbegeldern 8 031 940 M (7 932 919 M).

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung beliefen sich 1913 auf 515 746 575 M (481 392 169 M), darunter befinden sich 28 251 065 M Ausgaben für die Verwaltung. Die Gesamteinnahmen betragen 1913 539 327 974 M (503 948 705 M), die Vermögensbestände beziffern sich auf 310 867 936 M (307 231 994 M) und in den Reservecorrekturen waren vorhanden 285 915 198 M (281 391 704 M).

In die Statistik nicht mit einbezogen sind die Erfaß- und Knappschaftsversicherer. Für letztere liegen die Angaben erst für 1912 vor. Die Zahl dieser Klassen geht ständig zurück, 1912 bestanden 153, in welchen 932 877 Personen, darunter 13 221 weibliche, gegen Krankheit versichert waren. Es traten 539 276 Erkrankungsfälle ein, die zusammen 9 125 188 Krankheitsstage ausmachten. Die Gesamtausgaben betragen 40 972 614 M, darunter 38 931 254 M an Krankheitskosten. Vereinnahmt wurden 47 452 620 M und die Vermögensbestände beziffern sich auf 31 511 679 M.

Die Unfallversicherung.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden seit 1912 um zwei vermehrt, ihre Zahl beträgt nunmehr 63. Es wurden neu gebildet eine Detailhandelsberufsgenossenschaft und eine Versicherungsberufsgenossenschaft für Privatfahrzeug- und Reklavierberufe. Die gewerbliche Unfallversicherung umfaßt 828 335 Betriebe (762 603) mit durchschnittlich 10 630 437 Personen (10 178 577) oder 9 476 233 Vollarbeitern (9 011 570). Die Aufsicht über die Versicherung unterstellten Betriebe sind von 386 technischen Beamten ausgeübt.

Für die Land- und Forstwirtschaft bestehen 49 Genossenschaften. Die tatsächliche Zahl der versicherten Betriebe und die der Versicherten wird nicht festgestellt. Es soll für die landwirtschaftlichen Genossenschaften schwierig sein, diese Zahlen zu ermitteln.

Von den Reichs-, Staats- sowie gemeindlichen Ausführungsbehörden werden für 1913 1 071 654 versicherte Personen (1 032 028) oder 854 501 Vollarbeiter (799 247) nachgewiesen. Von den 14 Zweiganstalten liegen Angaben über die Zahl der Versicherten nicht vor, sondern nur solche über Vollarbeiter. Jedoch sind auch diese Angaben unvollständig, da Bauarbeiten, die einzeln genommen weniger als 6 Tage in Anspruch nehmen, bei der Berechnung der Vollarbeiter nicht zum Anlaß kommen. Soweit Angaben gemacht wurden, bezifferte sich die Zahl der Vollarbeiter bei den 14 Zweiganstalten auf 60 258.

Unter Berücksichtigung des Umfanges, daß bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften etwa 3,3 Millionen Versicherte als doppelt gezählt erscheinen, dürfte die Gesamtzahl der im Jahre 1913 gegen Unfall versicherten Personen rund 26 Millionen betragen.

Die zusammenfassende Darstellung der Rechnungsergebnisse aller Träger der Unfallversicherung läßt sich mit erschöpfender Deutlichkeit erkennen, welche große Opfer an Leben und Gesundheit alljährlich das werktätige Volk im Dienste der Arbeit zu bringen hat. Es kamen 1913 789 373 Unfälle (742 422) zur Anmeldung, und zwar bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 581 211, bei den landwirtschaftlichen 139 487, bei den Ausführungsbehörden 66 163 und bei den Zweiganstalten 212. Auf je 1000 Versicherte kamen 1913 27,04 gemeldete Unfälle gegen 26,04 im Vorjahre. Die amtliche Statistik bemerkt zu diesen Zahlen, daß sie im allgemeinen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, da ein Teil Unfälle — der bei den einzelnen Berufsgenossenschaften bald größer bald kleiner sein dürfte — trotz der gesetzlichen Meldepflicht nicht zur Anmeldung kommt.

Die Unfallschwere und die Unfallfolgen sind nur zu erkennen auf Grund der von den Versicherungsträgern gemachten Angaben über die im Laufe des Jahres erstmalig entfallenden Unfälle. Es handelte sich hierbei um die Unfälle, die erstere Folgen nach sich zogen, die entweder einen tödlichen Ausgang nahmen oder mindestens einen über 13 Wochen hinausgehenden Heilungsprozeß erforderten. Es kamen 1913 139 633 Unfälle (137 089) zur erstmaligen Entschädigung, es entfielen demnach auf je 100 gemeldete Unfälle 17,69 (18,47) entfallende. Unter den Verletzten waren 114 237 männliche und 20 226 weibliche erwachsene Personen, jenseits fielen den Unfällen zum Opfer 5170 jugendliche Personen (unter 16 Jahren), darunter 850 weibliche. Von den entfallenden Unfällen kommen auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften 74 978 (74 435), auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 58 251 (56 445), auf die Ausführungsbehörden 5529 (4994) und auf die Zweiganstalten 875 (1162). Von den 139 633 Unfällen nahmen 10 293 (10 300) einen tödlichen Ausgang, 868 (909) zogen eine dauernde völlige und 45 751 (46 290) eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit nach sich. Bei 82 721 (79 590) Unfällen trat eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit ein. Die 10 293 tödlich verunglückten Personen hielten 20 608 Angehörige, für die sie zu sorgen hatten, und zwar 6503 Witwen (Witwen), 13 639 Kinder oder Enkel und 416 Eltern oder sonstige Verwandte anstehender Sinne.

Die an erwerbsfähig Verletzte gezahlten Entschädigungen betragen 137 066 613 M, davon kommen 11 815 132 M auf Heilbehandlung. Als Entschädigungen für tödlich Verletzte werden 38 284 153 M verausgabt. In Durchschnitt entfiel auf jeden im Jahre 1913 entfallenden Verletzten eine Entschädigungssumme von 173,53 M. Den höchsten durchschnittlichen Entschädigungssatz weisen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 80,21 M auf. Die Gesamtausgaben für die Unfallversicherung betragen 1913 228 155 121 M (225 211 451). Das Gesamtvermögen beziffert sich auf 356 374 988 M, davon bestanden sich 361 373 805 M in den Reservecorrekturen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind 31 für das Deutsche Reich gebildete Landesversicherungsanstalten und 10 für diesen Versicherungszweig angelegene Sonderanstalten. Ueber die Zahl der Versicherten werden keine Angaben gemacht, sie läßt sich nur auf Grund der veröffentlichen Statistiken annähernd berechnen. Es wurden 1913 814 575 752 Renten ausbezahlt, gleichsam 50 Wochenbeiträge machte diese Zahl und 16 Millionen Versicherte als Mindestzahl ergeben, die wöchentliche Zahl dürfte erheblich höher sein. An Renten wurden im Jahre 1913 von den Versicherungsträgern festgesetzt: 11 806 Renten, 134 159 Invaliden- und 11 906 Altersrenten; 308 Witwenrenten, und zwar 844 Witwen- und 308 Witwenrenten, und 25 919 Witwenrenten, das sind zusammen 192 567 Rentenleistungen. Es können dann noch

weiter hinzu 6 Zusatzrenten. Als einmalige Leistungen wurden gewährt in 8052 Fällen Witwenrenten und in 460 Fällen eine Witwenaussteuer. Als Zahl der Waisenrenten gelten die Waisenrenten (Waisen einer Familie). Die wöchentliche Zahl der Waisen, für die Rentenfestsetzungen erfolgten, beträgt 64 770. Der Gesamtjahresbeitrag für die Zusatzrenten beträgt 33 365 488 M, er liegt gegen das Vorjahr um 4 362 121 M. Von dem Gesamtbeitrag kommen auf die 31 Versicherungsanstalten 30 955 801 M und auf die 10 Sonderanstalten 2 409 687 M. Die Gesamtzahl der laufenden Invaliden- und Altersrenten betrug am Schluß des Jahres 1913 1 102 159. Die Zahl der Altersrenten geht verhältnismäßig zurück, dagegen steigt die Zahl der Invalidenrenten.

Die Wirksamkeit der durch die Reichsversicherungsordnung neu beschaffenen Hinterbliebenenversicherung ist erst mit dem Jahre 1912 eingetreten. Es bedarf noch einer Reihe von Jahren, um aus der Entwicklung dieses Teiles staatlicher Fürsorge Schlüsse ziehen zu können. Doch steht bereits schon heute die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung fest, die auf einer viel zu ungenügend aufgestellten rechnerischen Grundlage aufgebaut ist. Zu den Kosten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt das Reich einen Zuschuß von jährlich 50 M für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwenrente und einen solchen von 25 M für jede Waisenrente, sowie einen einmaligen Zuschuß von 50 M für jedes Witwenkind und 16,67 M für jede Waisenaussteuer. Die Zahl der Wochenbeiträge stieg gegen das Vorjahr um 26 181 332.

Der Gesamterlös aus verkauften Renten beziffert sich einschließlich der Beiträge für Zusatzrenten auf 289 952 641 M (273 418 701). Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung im Jahre 1913 betragen 360 819 315 M (344 868 839), an dieser Einnahme haben die Versicherungsanstalten einen Anteil von 327 287 577 M. Der Gesamterlös stellt eine Gesamtausgabe von 184 423 083 M (175 090 124) gegenüber, von welcher 168 006 205 M auf die Versicherungsanstalten kommen. Gegen das Vorjahr stieg die Einnahme um 15 950 476 M und die Ausgabe um 9 332 959 M. Die Ausgaben für alle Posten mit Ausnahme der für Erhebungen und Beschwerdeverfahren sind gegen das Vorjahr gestiegen. Die erfreulichste Seite an der ganzen Invalidenversicherung ist die Pflege des Heilverfahrens und die dafür aufgewendeten Summen. Es muß danach gestrebt werden, gerade diese Aufgabe mit allen Kräften zu fördern und zur höchsten Entwicklung zu bringen. Bisher auf diesem Gebiete noch getan werden kann, zeigt die riesige Vermögensaufhäufung durch die Invalidenversicherung. Der Vermögensüberschuß betrug 1913 176 396 232 M und das bis zum Schluß des Berichtsjahres angefallene Vermögen hat nunmehr bereits die zweite Milliarde erheblich überschritten. Aufgabe des staatlichen Versicherungswesens kann es nicht sein, aus den Beiträgen riesige Vermögen anzusammeln, sondern diese soziale Einrichtung so auszugestalten, daß einer frühzeitig eintretenden Invalidität der werktätigen Bevölkerung mit allen Kräften vorgebeugt wird und diese im Falle des Versagens ihrer Arbeitskraft im Dienste des wirtschaftlichen Lebens ausreichend von Not und Sorgen geschützt bleibt.

Gesamtübersicht.

Es waren 1913 versichert: Gegen Krankheit etwa 14 1/2 Millionen Personen, Unfall 26, Invalidität 16 bis 18.

Es wurden entschädigt: Bei Krankheitsfällen (mit Erwerbsunfähigkeit) 6249527 Personen, Unfallverletzte, erstmalig entfallende 189633, laufende Renten 1010495.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Einmalig festgesetzte Renten 192573, laufende Renten 1102159, einmalige Leistungen 8642.

Die gezahlten Entschädigungen betragen: Bei der Krankenversicherung 429617806 M, Unfallversicherung 176850766 M, Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (einschließlich Reichszuschuß) 217928303 M, zusammen 822894876 M.

Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden aufgebracht: Durch Beiträge der Versicherten 445251076 M, Arbeitgeber 498835617 M, Reichszuschüsse 58115992 M.

In den Jahren 1885 bis 1913 wurden als Entschädigungsbeträge an die Versicherten geleistet: Von der Krankenversicherung 5567333049 M, Unfallversicherung 2478778635 M, Invalidenversicherung (einschließlich Reichszuschuß) 2693778413 M, zusammen 10739890097 M.

Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden aufgebracht: Durch Beiträge der Versicherten 5895223670 M, Arbeitgeber 6661551737 M, Reichszuschüsse 816035462 M, zusammen 13372810869 M.

Das sind recht gewaltige Summen, die uns hier vor Augen treten, und unbestritten steht dem auch das Deutsche Reich in bezug auf den Umfang und den planmäßigen Ausbau der sozialen Fürsorge für die Arbeiterschaft vor allen Staaten an erster Stelle. In allen den Ländern, wo es jetzt bei den Arbeiterführern zum guten Ton zu gehören scheint, Deutschland und seine Arbeiterschaft zu imitieren, wäre man froh, wenn man dort erst so viel erreicht hätte. Auch wir wollen durchaus nicht verkennen, daß durch die deutsche Arbeiterversicherung schon Hervorragendes geleistet worden ist. Nichtsdestoweniger dürfen wir aber auch nicht vergessen, wie notwendig es uns ist, gegen einflussreiche Kreise, die jeglichen Fortschritt in der sozialen Fürsorge weniger durch gute Gründe als durch die ihnen zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und politischen Machtmittel zu verhindern bestrebt waren. In Zukunft dürften die sozialen Gründe, welche bisher gegen eine weitgehende Sozialpolitik geltend gemacht wurden, noch weiter erheblich an Gewicht einbüßen. Denn wenn es noch eines Beweises für die Wirksamkeit eines ausgedehnten wirtschaftlichen und sozialen Schutzes bedürftig wäre, so ist er durch die Führung des jetzigen Weltkrieges erbracht worden, der die dem deutschen Volke unentwegende Kraft vor aller Welt offenbarte, waren auch unsere Sozialpolitik ihren gebührenden Anteil hat. Diese Lebenskraft des deutschen Volkes bis zum höchsten Maße zu steigern und sie für die künftige Friedensarbeit nutzbar zu machen, ist eine Aufgabe von hohem historischen Wert.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist noch unendlich viel zu tun. Sie bietet den Arbeitern bei weitem noch nicht das, was er als sein Recht zu beanspruchen hätte. Wir haben es nicht demnächst fehlen lassen, ständig, bei jeder passenden Gelegenheit, die tiefsten Mängel unserer Arbeiterversicherung, ihre Unvollständigkeit und das Ungenügende ihrer Leistungen hervorzuheben und an ihrem Ausbau mitzuarbeiten. Und ist es dem deutschen Volke der Frieden wiedergegeben, so wird die Leistung der Friedensarbeit für die Arbeiterkraft und alle sozial empfindenden künftigen Kreise immer: Bei allen Kräften vorwärts auf der Bahn der Sozialpolitik!

Reine „Installateure“ mehr?

Nach Ausbruch des Krieges setzten bei vielen Deutschen Bestrebungen zur Ausrottung der Fremdwörter in der deutschen Sprache ein, sich früher nicht sonderlich darum gekümmert haben mögen. Solche Bestrebungen nur vom Völkerverstand her veranlaßt worden, braucht man sie nicht ernst zu nehmen, ja man darf glauben, da wenn wir erst wieder einige Friedensjahre hinter uns haben, wieder einschlafen werden und mancher, der jetzt die deutsche Sprache gewaltsam reinigen möchte, später ebenso unbefürchtet fremdwörter und vom ausländischen Wesen mehr das Schlimmste als das Genaueste nachahmen wird wie ehedem. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Bestrebungen unbedeutend seien, überflüssige Fremdwörter zu vermeiden. Welche Fremdwörter überflüssig sind, darüber besteht Meinungsverschiedenheiten. Allgemeine Erörterungen darüber haben wenig Wert; am besten kann der darüber urteilen, der viel schreibt und sich längere Zeit ernstlich bemüht, Fremdwörter zu vermeiden. Wir haben dabei die Erfahrung gemacht, daß die Zahl der Fremdwörter, die man wirklich nicht entbehren zu können glaubt, immer kleiner wird. Es fällt einem immer leichter, gute Verdeutschungen zu finden und man macht außerdem die angenehme Entdeckung, daß die Sprache nicht nur verständlicher wird, sondern auch schöner und anschaulicher. Die Sprache verarmt keineswegs durch die Entfernung der Fremdwörter, sondern sie wird im Gegenteil reicher.

Besonders fest haften die Fremdwörter im Gelehrtenwesen oder, „schöner“ gesagt, in der Technik. Man muß gestehen, daß es nicht immer leicht ist, passende deutsche Bezeichnungen zu finden. Aber es braucht ja auch nicht alles von heute auf morgen zu geschehen und der Durchschnittsdeutsche hat ferner eine gewisse Zeit nötig, um sich an etwas gewöhnen zu können, was ihm neu erscheint. Eine der schmerzhaftesten Fremdwörter, die uns die neue Zeit beibringt, ist das Wort „Installateur“. Es ist abgeleitet von dem deutschen Worte „Stall“ in seiner veralteten allgemeinen Bedeutung als Stelle. Diefem Worte hat man eine fremde Vorstufe und eine Fremde Endung angehängt. Es ist also kein reines Fremdwort, sondern ein Kuddelmuddelwort und ein ziemlich häßliches dazu. Zu denen, die diesem Worte ein Loblied singen und es für unentbehrlich halten, gehört auch die in Leipzig erscheinende „Illustration“ für die Maschinenindustrie. In ihrer Nummer 31 bringt sie längere Ausführungen über die angebliche Unentbehrlichkeit dieses Wortes. Des Verfassers Meinung kommt an folgenden Stellen zum Ausdruck:

Und seit vielen Jahrzehnten versteht man gerade bei uns in Deutschland insgemein unter dem Namen „Installateur“ nur einen Mann, der die gesamte Tätigkeit in der Gas-, Wasserleitungs- und elektrischen Branche, zu denen noch die Heizung- und Lüftungsbranche hinzugekommen ist, ausübt. Mit dem einen kurzen Worte ist seine vielseitige Tätigkeit treffend gekennzeichnet und dieselbe unter diesem kurzen Sammelnamen allgemein und zweifelsfrei bekannt. Es würde auch schwer sein, eine nur einigermaßen die gesamte Tätigkeit der genannten Branche kennzeichnende Bezeichnung in einem anderen Sammelwort zu finden. Wohl ließe sich, als persönliche Kennzeichnung des jetzigen „Installateurs“, das Wort „Seher“ oder „Einrichter“ annehmen, aber dann doch nur unter Voraussetzung oder unter Zusatz der jeweiligen Einzelbranche, zum Beispiel: „Gas-einrichter“, „Wasserleitungseinrichter“, „Heizungs-“ und „Lüftungseinrichter“ oder „Seher“ (wie man ja auch „Mittelalterseher“ kennt oder „Einrichter“ von elektrischen Anlagen); aber wie nun in solchen Fällen, wo, wie es häufig genug der Fall ist, alle Branchen der Installation in einem Geschäft, in einer Hand vereinigt sind? Ein Handwerker von einem Titel müßte das Resultat sein, denn die Bezeichnung „Seher“ oder „Einrichter“ allein würde niemals das Richtige erkennen lassen, man würde etwas ganz anderes unter einem solchen Manne verstehen, aber beileibe nicht den bisherigen „Installateur“, in welchem die Tätigkeit aller Branchen zweifelsfrei gekennzeichnet ist.

Hat der Herr Verfasser noch niemals die Ausdrucksweise der Vrießbögen, die Empfehlungskarten oder die sonstigen Druckblätter von „Installateuren“ angesehen? Dort bezeichnet sich kein einziger schlechtin als „Installateur“, sondern er hält es stets für notwendig, ausführlich mitzuteilen, was er alles „installiert“. Er kann auch gar nicht anders, denn aus dem einen Worte kann die Deutlichkeit unmöglich erkennen, ob er nur Gas- und Wasserleitungen legt oder auch andere Leitungen. Wo um den „Handwerker“ kommt man auch jetzt nicht herum. Auch der Verfasser verfällt in den Fehler der Fremdwortfreunde, von dem deutschen Worte mehr zu verlangen als vom Fremdwort. Das deutsche Wort soll allen Silbentöchereien Standhalten, dagegen legt der deutsche in manchen Fremdwort einen Sinn hinein, den es gar nicht hat. Darüber hat schon mancher vernünftige Ausländer mit Recht gespottet. Hat ferner der Herr Verfasser noch nie an das Wort „Einbauer“ gedacht? So wie die Maschinenbauer mit ihrer Bezeichnung zufrieden sind, können auch die „Installateure“ sich Einbauer nennen. Uebrigens sind wir fern davon, uns für dieses Wort besonders ins Zeug legen zu wollen. Wenn jemand eine bessere Benennung weiß, so mag er nicht damit zurückhalten. Das Wort „Einrichter“ ist, nebenbei bemerkt, schon von einem andern Beruf im Metallgewerbe in Anspruch genommen. Wir wollen nur zeigen, daß das Wort „Installateur“ durchaus nicht so schön ist, wie der Verfasser meint, und daß es nicht unentbehrlich ist.

Zum Schluß kommt der Verfasser auf den sehr alten Ausweg der Fremdwörter, indem er darauf hinweist, daß es auf vielen anderen Gebieten noch immer viele Fremdwörter gibt, unter anderem auch in der Amtssprache vieler Behörden. Das stimmt. So wenig wir uns veranlaßt fühlen, den deutschen Behörden Loblieder zu singen, so müssen wir doch darauf hinweisen, daß es früher viel mehr Fremdwörter bei ihnen gab. Also auch bei den Behörden sind Fortschritte vorhanden, womit nicht geleugnet werden soll, daß die Fortschritte da und dort kräftiger sein könnten. Es wird jedoch auf diesem Gebiete weitergearbeitet und manches Fremdwort wird noch fallen. Wenn dann im Laufe der Zeit ein paar Fremdwörter übrigbleiben, für die eine Verdeutschung zu finden wirklich unmöglich ist, so ist das ohne Zweifel doch nicht so schlimm wie der jetzige Zustand, wo die deutsche Sprache noch immer von Laufenden entbehrlicher Fremdwörter wimmelt.

Unser Verband in der 55. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 55. Kriegswoche wird in nachstehender Übersicht dargestellt. Von den Verwaltungstellen Köln, Neustadt, Stargard, Raminisch, Alfeld, Berla, Blankenburg a. S., Koburg, Rudolstadt, Langermünde, Cuxhaven, Ulfersen, Landrecht, Vörrach, Singen, Georgensgmünd sind hierzu keine Berichte eingegangen.

Abericht über die Zeit vom 15. bis 21. August 1918.

Table with 10 columns: Verwaltungstellen haben, Mitgliederzahl zu Anfang der Woche, Mitgliederzahl am Ende der Woche, Davon aus dem Kreis, Davon aus dem Kreis. Rows 1-11 and summary row.

Statistik der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Abgemeldeten.

Nachdem der letzte Verbandstag die Krankenunterstützung teilweise zur Wiedereinführung brachte, haben wir unsere wöchentlichen Erhebungen auch auf diese ausgedehnt. Über Krankenstand und Krankenunterstützung wurde für diese Woche erstmals allgemein berichtet, während in den beiden vorhergehenden Wochen nur teilweise Angaben darüber gemacht wurden. Der Krankenstand ist in dieser Woche 2622 = 1,0 Prozent des Mitgliederstandes. An Krankenunterstützung wurden in der Berichtswochen 8210 Mk. ausbezahlt. In den beiden vorausgegangenen Wochen, wo ebenfalls schon Krankenunterstützung zur Auszahlung gelangte, betrug die Unterstützung zunächst für diese Woche, in der Krankengeld zum erstenmal zur Auszahlung gelangte, 8326 Mk.; krank gemeldet waren 894 Personen. In der darauffolgenden Woche waren schon 1500 Personen krank gemeldet. Die Krankenunterstützung betrug 6795 Mk. Zu beachten ist, daß die Verwaltung Berlin in diesen Zahlen nicht mithalten ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Fretümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 12. September der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. September 1916 fällig ist.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kiste 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Kiste 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Berlin. Nochmals die Kriegsgeneralversammlung. In Nummer 35 liest Kollege Brandt mir die Leviten. Seine Ausdrucksweise möchte er damit beschönigen oder vergessen machen, daß er meine Ausdrucksweise wissen möchte für den Eventualfall, wenn jetzt eine Reichstagswahl stattfände oder stattgefunden hätte usw. Ich verstehe nicht, was diese Frage hier beweisen soll. Ich sehe in einer Reichstagswahl und in den Beschlüssen des Reichstages nicht die Möglichkeit eines Vergleiches mit unserer Generalversammlung. Ich weiß, daß der Reichstag aus Parteien besteht und diese Parteien — mehr oder weniger — Klassenpolitik betreiben. Die Arbeiterschaft hat es doch nachgerade oft genug verspürt. Ich würde aber nicht, daß die Generalversammlung unseres Verbandes Klassenpolitik betreibt oder betreiben hätte. Sie ist die Vertretung einer in sich abgeschlossenen Klasse. Ich wäre beim schlechtesten Willen nicht in der Lage, auch nur einem einzigen Delegierten den Vorwurf zu machen, daß er unter den organisierten Metallarbeitern einseitige Klasseninteressen vertreten will. Gewiß sind oft in dieser und jener Frage verschiedene Richtungen vertreten, aber wenn auch die Ansichten oft himmelweit auseinandergehen, uns allen schwebt der Wunsch für das Beste der Arbeiterschaft vor, leitet der Gedanke des Fortschritts unserer Gemeinschaft. Das trifft — trotz des Burgfriedens darf es wohl gesagt werden — nicht auf den Reichstag zu. Dort wird, nur ein Beispiel, niemals ein gemeinsamer Boden für Junker- und Arbeiterbestrebungen geschaffen werden. Brandts Beispiel hinft auf allen Bieren. Deshalb ist meine Ausdrucksweise für diesen Eventualfall gegenstandslos. Kommt noch hinzu, daß ich Gegner der Abhaltung der Generalversammlung war und Brandt, wie er selbst sagt, eifriger Verschwörer. Spottet seiner selbst. Für Kollege Brandt ist Einigung identisch mit Beschlußfassung. Wenn das stimmt, dann war auf der Kriegsgeneralversammlung doch die Einigung da, denn die Staffelleistungen einzuhalten, ist doch zum Beschluß erhoben worden. Also, wozu der Varn? Warum von Vergewaltigungen reden? Im übrigen habe ich nicht das Wort Einigung in Einigkeit verwandelt, sondern habe mir einmal gestattet, in Klammern das Wort Einigkeit als nach meiner Meinung richtiger zu erwähnen. Ich mache mir den Beweis leicht. Ja, daß ich ein Esel wäre und mir eine Sache willkürlich schwer machte. Die Hauptsache ist doch, daß ich beweise! Was das herumblöken am Statut anbelangt, kann mich doch nicht treffen, denn ich habe mich darüber nicht beschwert. Ich schrieb in Nummer 33, daß Brandt mit seiner Absicht, daß es Aufgabe der Organisation sei, für die schlechtbezahlten Arbeiter erst Verbesserungen zu schaffen und sie dadurch der Organisation zuzuführen, er uns eine schöne Perspektive eröffnet. Seine Antwort besteht in der Frage, ob ich denn nicht merke, daß ich mit verstedten Worten eine neue Perspektive eröffne. Nein, das merke ich nicht. Ich bin mir nicht einmal klar, was der verstedte Hinweis auf meinen „persönlichen Vorteil“ besagen soll. Soll damit die Beschwörung an die Generalversammlung in meiner Gehaltsfrage gemeint sein? Nun, Kollege Brandt, ich habe mich in meinen Arbeitsangelegenheiten an meine oder meine Arbeitgeher gewendet. Das habe ich, seitdem ich ausgetreten hatte, also seit 33 Jahren, immer so geübt und werde es auch ferner tun. Wenn das ein Fies sein sollte, so list er nicht, er ging daneben. Den nochmals unternehmen Versuch, unsere Verhandlungsangelegenheiten mit der Tätigkeit einer politischen Partei — auch der Sozialdemokratie — zu verquiden, kann ich nicht folgen, weil es nicht angängig ist. Kollege Brandt verkennt den Schlußsatz meiner Ausführungen. Vielleicht liest er ihn nochmals durch und ihm wäre dann klar, wen ich meinte, der nicht schlauer geworden ist. Was mich betrifft, so will ich betonen, daß ich weder durch die Ausführungen Brandts in Nummer 31 noch durch die in Nummer 35 schlauer geworden bin. Wenn Brandt von einem guten Rat annehmen will — er braucht es nicht — so der: Wenn eine Generalversammlung tagt, so muß man mit allem rechnen. Auch damit, daß Beschlüsse gefaßt werden, die einem nicht passen. Wäre es anders, so würde man ein Gegenstück zu dem Absolutismus schaffen, den die preussischen Junker ihrem König zugesprochen hatten. Jureit ist Brandt, wie er selbst schrieb, eifrig für die Abhaltung der Generalversammlung eingetreten, und hinterher bläst er Trübsal und wirft sich auf zum Apoptel der Enttäuschten. Zum Schluß ein Geständnis. Ich hatte bei meiner ersten Ausführungen die Ansichten des Kollegen Brandt im Zusammenhang mit den Bielefelder Kollegen erwähnt. Brandt läßt mich darüber auf, daß er erst kurze Zeit in Bielefeld ist. Dafür danke ich dem Kollegen Brandt, wie ich die Bielefelder Kollegen um Entschuldigung bitte, daß ich den Verdacht erwecken konnte, daß sie die Ansichten Brandts teilten. Damit ist für mich diese Angelegenheit erledigt. P. Sawlowitsch. Anmerkung der Schriftleitung: Kollege Brandt hatte schon bei seiner letzten Einigung uns mitgeteilt, daß diese sein letztes Wort sein sollte. Wir meinen jetzt auch, daß wir mit dieser Auseinandersetzung Schluß machen können.)

Chemnitz. Die Steuerungsulage in der Chemnitzer Metallindustrie. Nachdem der Plan Englands, ein Volk von 70 Millionen Menschen auszubungern, mißlungen ist, muß einem doch die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn man sieht, daß es in Deutschland Leute gibt, die durch ihre Selbstsucht dazu beitragen, daß die Absicht Englands doch wenigstens unterstützt wird. Chemnitz gehört zu den teuersten Städten in Deutschland. Hier stieg nach den Unterzahlen der Preis für den wöchentlichen Lebensmittelaufwand von 26,73 M im Juni 1914 auf 40,50 M im Juni 1915; das sind 13,77 M oder 51,5 Prozent mehr. Darum haben sich die Arbeiter von Chemnitz gezwungen, durch Erhöhung des Einkommens die Mehrbelastung etwas auszugleichen. Das war um so nötiger, da ja in einer ganzen Reihe von Betrieben noch sehr niedrige

Stundenlöhne gezahlt werden, denn es ist festgestellt, daß man im größten Betrieb in Chemnitz noch Stundenlöhne von 32 bis 36 S für Hilfsarbeiter zahlt. Die Veruche, die von einzelnen Personen in einigen Betrieben unternommen wurden, um Steuerungsulagen zu erhalten, hatten nur in wenig Fällen Erfolg. Eine Aenderung konnte nur eintreten, wenn in der Gesamtheit etwas gefordert wurde. So übernahmen denn für die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter deren Organisationen, wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der Holzarbeiterverband und der Verband der Kupferschmiede, den Auftrag, den Fabrikanten die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. In einer Versammlung der Arbeiterausschüsse vom 12. Juni 1915 wurde der Beschluß gefaßt, für Verheiratete wöchentlich 4 M oder für die Stunde 6 S, für ledige 2 M oder 3 S Zulage zu verlangen. Man kann nicht behaupten, daß die Wünsche der Arbeiter unbeschreiblich waren, wenn man betrachtet, wie groß die Belastung des Arbeiterhaushaltes durch die Steuerungsulage ist. Welchen Erfolg hatte nun die Eingabe? Vorauszuschicken ist, daß fast allgemein die Herren Unternehmer die Belastung der Arbeiter durch die Steuerungsulage anerkannten, nur die Firma S. F. Schinde nicht. Diese Firma war der Meinung, daß der Metallarbeiter-Verband nur etwas von sich hören lassen wolle. Die Beschäftigten gegen die Organisation der Arbeiter haben wir ersichtlichweise bei keinem anderen Geschäft gefunden; es bleibt nur diese Firma, auf die das Wort zutrifft: „Nichts gelernt und nichts vergessen.“ Die Eingabe wurde auch an die Unternehmerverbände geschickt, die in ihrem Antwortschreiben an den unterzeichneten Verband die Begründung anerkannten und versprachen, für eine wohlwollende Behandlung der Angelegenheit einzutreten. So zum Beispiel der Bezirksverband deutscher Metallindustrieller, die Schlosserinnung, die Kleinverrechnung, die Arbeitgeber im Zentralheizungsgebiete, die Arbeitgeber im Kupferschmiedegewerbe sowie eine Anzahl Einzelfirmen. Wie sich das Wohlwollen der einzelnen Firmen betätigt, zeigt die folgende Aufstellung: Steuerungsulagen gewährten 43 Firmen, Lohnzulagen 19 Firmen, vollständig abgelehnt haben 46 Firmen. Die Steuerungsulage wurde in sehr verschiedener Art und in einem recht weit voneinander abweichenden Grade von Wohlwollen gewährt. Fast durchgängig wurde den Altdararbeitern keine Zulage bewilligt. Die Mehrzahl der Firmen gewährte auch an die ledigen Arbeiter keine Zulage. Was die Höhe der Zulage betrifft, so wurden solche gewährt in Höhe von 1 bis 3,50 M die Woche oder Stundenlohnzuschüssen von 3 bis 6 S. Andere Firmen gewährten wieder Steuerungsulagen in Form eines Prozentzuschlages. So wurden bei verschiedenen Firmen 5 bis 10 Prozent Zuschlag zum Lohne bewilligt. Von den Firmen, die in weitergehendem Maße ihren Arbeitern Zulagen bewilligten, seien die Firmen Biernacki & Co., Chemnitzer Strickmaschinen-W. O., Daxler & Ehrlich, Galob Wader, Mohr & Mehnert, Kottitz & Koch, Herm. Pfauter, Sächs. Fahrradfabrik und Presto Werke genannt. Letztere Firma gewährt den verheirateten Arbeitern für jedes Kind eine Steuerungsulage von 1,50 M die Woche. Wir sind der Meinung, daß auch die anderen Firmen die Gefundhaltung des zukünftigen deutschen Volkes hätten im Auge behalten müssen, dann wären die Ergebnisse in den einzelnen Betrieben doch etwas besser gewesen, als wir leider feststellen mußten. In dem Schreiben des Metallindustriellenverbandes wurde eine wohlwollende Prüfung der Angelegenheit zugesagt. Dabei mußten wir leider die Erfahrung machen, daß einzelne Vorstandsmitglieder in dieser Frage einen sehr engstirnigen Standpunkt einnahmen, so zum Beispiel die Firma Bernhardt & Philipp, Schraubenfabrik, Limbacherstraße. Dort erhielten von ungefähr 200 Beschäftigten einige 20 eine Steuerungsulage in Höhe von 1 bis 4 S die Stunde. Den Arbeiterinnen, die man eingestellt hatte, wurde eine Steuerungsulage nicht gewährt, weil diese angeblich schon höhere Löhne bei der Einstellung erhalten hatten. Die Löhne der Mehrzahl dieser Arbeiterinnen schwanken zwischen 23 und 27 S. Wenn das die höheren Löhne sind, dann möchte man fragen, was Herr Stadtverordneter Philipp als normale oder niedrige Löhne in diesen Zeiten ansieht. Einen besonders üblen Beleg dafür hat die Behandlung der Eingabe noch dadurch erfahren, daß von Herrn Philipp während dieser Zeit, wo die Verhandlungen geführt wurden, ein Arbeiterausschußmitglied, das viele Jahre im Betrieb tätig war und, wie Herr Philipp selbst zugestand, zur vollen Zufriedenheit arbeitete, gemagtregelt wurde. Die Gründe dafür waren nach Herrn Philapps Ansicht darin zu suchen, daß den Gelben das Leben schwer gemacht würde. Als das Arbeiterausschußmitglied Herrn Philipp darum ersuchte, ihm dafür Beweise zu bringen, machte Herr Philipp Ausflüchte. Zu bemerken ist noch, daß bei dieser Gelegenheit Herr Philipp den so oft betonten Burgfriedens brach, indem er bei Besetzung des Arbeiterausschusses verlangte, daß auch Gelbe mit in den Arbeiterausschuh gewählt würden. Die Arbeiter haben im Interesse des Friedens dem auch zugestimmt, was Herr Philipp trotzdem nicht hinderte, einen Kollegen zu magregeln, weil angeblich diese Gelben nicht mit in den Arbeiterausschuh gehen wollten, solange dieser Kollege im Arbeiterausschuh saß. Das Verhalten des Arbeiters, um des Friedens willen seinen Posten als Ausschußmitglied niederzulegen, war Herrn Philipp nicht genügend, der Mann wurde entlassen, trotzdem, daß er schuldblos war. Auch die Sächsische Maschinenfabrik hat es abgelehnt, eine Steuerungsulage zu bewilligen, weil sie angab, schon früher ihren Arbeitern eine solche gewährt zu haben. Dabei bestehen jetzt noch Löhne für Hilfsarbeiter (auch Verheiratete sind dabei) in Höhe von 32 bis 36 S. Es wurden dort Zulagen gemacht von 1 und 2 S, während eine sehr große Anzahl der Arbeiter nichts erhielt. Wie man da von einer allgemeinen Zulage sprechen kann, dies mag begreifen, wer will. Eine euernte Anfrage vom Arbeiterausschuh dieser Firma wurde dahin beantwortet, daß man in dieser Sache nicht mehr verhandle. Ob die Arbeiter die richtige Lehre daraus ziehen werden, müssen wir dahingestellt sein lassen. Von den 18 Firmen, die eine Lohnzulage bewilligten, sind die meisten mittlere und kleinere Betriebe. Wir erkennen sehr gern an, daß es für einige dieser Firmen eine schwere Zeit ist, da sie mit den Kreditverhältnissen rechnen müssen. Andererseits gibt es zahlungsstarke Firmen, die die Lohnzulage sehr gering angefaßt haben. So zum Beispiel die Gießerei bei Schubert & Salzer, wo man den Hilfsarbeitern 1 S Zulage gewährt. Unter den 46 Firmen, die die Steuerungsulage güt abgelehnt haben, befinden sich ebenfalls eine ganze Reihe von Firmen, die nach Meinung der beschäftigten Arbeiter sehr wohl in der Lage waren, den Arbeitern mehr Entgegenkommen zu zeigen. Die Begründungen, die hierzu gegeben wurden, sind wert, daß sie per Wit- und Nachwelt erhalten bleiben. Häufig wurden die Wünsche der Arbeiter mit der Begründung abgelehnt, daß man schon viel Geld opfere für die Familien der Kriegsteilnehmer. Wir erkennen diese Opfer wohl an, aber werden in dieser Zeit nicht auch von den Arbeitern Opfer gebracht? In einem Betriebe (E. Wögned, Einriedel) wurde den Arbeitern erklärt, daß der Unternehmer nur Steuerungsulagen gebe, wenn ihn sein Verband dazu zwingt. Die Maschinenfabrik Kappel lehnte den Wunsch der Arbeiter mit dem Vermerk ab, die Sache hätte der Metallindustriellenverband in den Händen. (Der Metallindustriellenverband empfiehlt seinen Mitgliedern wohlwollende Prüfung dieser Angelegenheit.) Die Firma Gebr. Franke lehnte jede Unterhandlung und jede Lohnerhöhung ab. Eine Firma lehnte die Zulage ab, weil der Obermeister vertritt war. Eine andere Firma lehnte ab, weil es Beschluß der Industriellen ist. Einige Firmen mußten erst den Ausschuh davon in Kenntnis setzen, von diesem kam aber bis jetzt keine Antwort. Andere Firmen empfahlen den Arbeitern wieder, mehr zu arbeiten. (Sollte wohl dazu dienen, daß man dann den Arbeitern wieder Abzüge machen kann.) Die Kriegsteilnehmer Mar Kohl ließ die Entfänger einige Wochen 17 Stunden arbeiten, setzte aber dann die Arbeitszeit wieder auf 30 Stunden fest. Das sollte die Steuerungsulage sein. Unter den ablehnenden Firmen befinden sich auch solche, die Kriegsarbeit machen und gut beschäftigt sind. Zum Beispiel Gebr. Langer, Altdorf, Schubert & Salzer, Hauptgeschäft und Filiale, E. W. Nödel, Nordplatz, Pöge, Altkemnitz, Sandermann & Stier. Letztere Firma hat allerdings eine Zulage, und zwar für die Verheirateten. Aber die Zulage wird den Arbeitern vom Lohne abgezogen, bei denen die Begründung arbeiten lange Zeit im Zweifel befand sich die Direktion der Firma Bernh. Fischer. Sie wollte mit der Verwahrung der Steuerungsulage nicht hand bezuzugen. In diesem Dilemma fand die Firma eine glück-

liche Lösung, die auch sehr wohlwollend für den Geldbeutel dieser Firma war. Sie gab, um niemand zu kränken, keinem Arbeiter die Steuerungsulage. Nur die Lehrlinge erhalten eine Unterstützung von 75 S bis 1 M die Woche. Bei der Firma G. Hilscher, Hauptgeschäft, gab man den Arbeitern anstatt einer Steuerungsulage ein billiges Kriegskochbüchlein. Den Lohn merben jedenfalls die Arbeiter nicht vergessen. Wenn zu dem Ergebnis noch etwas zu sagen ist, so ist es das, daß in einer Anzahl von Betrieben die Erfolge sicher andere gewesen wären, wenn die Arbeiterschaft und die Ausschüsse in etwas anderer Weise hinter ihren Wünschen geblieben hätten. Zusammenfassend kann man sein Urteil dahin abgeben, daß eine Anzahl von Firmen ihre soziale Verpflichtung erkannt und, wenn auch in kärglichem Maße, diese Verpflichtung erfüllten. Ein anderer Teil, zu dem auch die bestgestellten Betriebe gehören, haben auch in dieser schweren Zeit, wo die deutschen Soldaten für den Fortbestand und den Frieden des Deutschen Reiches und der deutschen Industrie ungeheure Opfer bringen, es abgelehnt, ihren schwerbedrängten Volksgenossen mit ihren Mitteln zu helfen. Die Arbeiterschaft wird daraus die Lehre ziehen, daß auch in Zukunft, wie bisher, sie nur auf ihre eigenen Kräfte gestellt ist und daß es deshalb notwendig ist, die Kräfte in der Organisation zu sammeln. Das wird die Mahnung sein, die ein Teil der Unternehmer von Chemnitz durch die Arbeiter auf neue durch ihr Verhalten eingepreßt haben.

Hannover-Linden. Nachdem es seit Februar wegen Mangel an einem geeigneten Raume unmöglich gewesen war, allgemeine Mitgliederversammlungen abzuhalten, bot sich endlich am 30. August die Gelegenheit zu einer solchen. Kollege Frenke sprach über den Stand des Verbandes, besonders der Verwaltungstelle Hannover-Linden nach einem Jahre Krieg. Danach gab es im August vorigen Jahres hier 1200 arbeitslose Verbandsmitglieder, an die wöchentlich etwa 7000 M gezahlt wurden. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. August vorigen Jahres 9433, am 1. Januar 1915 5810 und am 31. Juli dieses Jahres noch 5201. Zum Heeresdienst eingezogen wurden seit 1. August vorigen Jahres 4812, wovon am 1. August dieses Jahres noch 4329 beim Heer waren; davon sind 2198 verheiratet, die 3215 Kinder haben, und 2131 ledig. Während des Krieges war aber auch ein guter Zuwasch an Mitgliedern zu verzeichnen; er betrug bis zum 1. August 1745 Mitglieder. An Unterhaltungen wurden den Mitgliedern bis zum 1. August dieses Jahres 66 535 M gezahlt, während an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer bis dahin 33 310 M gezahlt wurden, zusammen also fast 100 000 M Unterhaltungen (ausschließlich Krankenunterstützung). Aber wenn auch solche Unterhaltungen gewährt werden konnten — was bedeuten sie gegenüber der Lebensmittelerhöhung? Auch einzelne Betriebe gewährten ihren Arbeitern und den Kriegsfamilien Zuschüsse. Dank dem Vorgehen des Gewerkschaftsrates zahlten ferner Stadtverwaltungen einige Arbeitslosenunterstützung. Die Verwaltungen Hannover mehrte in den Betrieben Verschlechterungen ab und erzielte in einigen auch erhebliche Verbesserungen. Sie muß aber immer auf dem Posten sein, denn hier und da macht sich schon die Neigung einzelner Unternehmer bemerkbar, Lohnabzüge bei Kriegsarbeit zu machen. Der Beschluß der Generalversammlung, die Krankenunterstützung zur Hälfte wieder einzuführen, wird das Verbandsvermögen erheblich angreifen. Es wird eine große Zahl von Kollegen mit erheblichen Verschäbungen aus dem Kriege zurückkehren. Die sollen wieder arbeitsfähig gemacht werden, damit die Unternehmer sie nicht niedriger entlohnen und so den Lohn der Ge'anden drücken können. Auf die Mente und den Anstellungsschein allein kann man die Kriegsbeschädigten nicht verlassen. Somit hat der Verband noch große Aufgaben in der Zukunft zu lösen und bedeutende Opfer zu bringen. Inzwischen steigen die Lebensmittelpreise immer mehr, und das magige Steigen des Verdienstes bleibt dahinter weit zurück. Die Heereslieferanten verdienen viel Geld, ebenso alle Händler und Spekulant in Nahrungsmitteln. Wenn aber im Namen der armen Verbraucher, vor allem also der bedürftigen Arbeiter- und Kriegsfamilien, gegen die unerhörten Preissteigerungen protestiert wird, dann wagen es Leute, zum Beispiel auch in Hannover, das als „die politische Wache einer gewissen Partei“ zu bezeichnen und zu entwerfen. Da muß doch die Empörung bei solcher Verächtlichung in jedem ehrlichen Herzen aufsteigen. Redner bezeichnete es sodann als Pflicht der disziplinierten Arbeiterschaft, den Milchhockst zu unterstützen und den Säuglingen, Schwachen und Kranken die Milch zu lassen, und verbreitete sich dann noch über einzelne Erscheinungen der Lebensmittelerhöhung und -Anschere. Angefichts solcher Verhältnisse ist es Pflicht der Mitglieder, nicht gleichgültig zuzusehen. Die Löhne werden sinken, die meisten Preise aber nicht. Vor allem sollen die Kollegen aufpassen, daß in den Betrieben keine Abzüge erfolgen oder sonstige Verschlechterungen versucht werden; sie sollen das der Leitung der Verwaltungstelle auf dem Bureau melden. Die Zahl der Beamten der Verwaltung ist von sieben auf drei gesunken. Die Verwaltung kann also allein nicht alles übersehen. Jedes tüchtige und erfahrene Mitglied muß ihr bei der Gewerkschaftsarbeit helfen. Also die Augen auf! Die heimkehrenden Mitglieder werden von uns Nachenschaft fordern, wenn der Verband nicht stark und leistungsfähig geblieben ist. Der Krieg- und Hilfsfonds muß gestärkt werden. Wenn wieder Kriegswinter kommen, sollen die Kriegsfamilien alle wieder unterstützt werden. Dann braucht die Verwaltungstelle statt 21 000 M die im Vorjahre mindestens 35 000 M. Es sollen jetzt nicht Extrabeiträge gefordert werden. Wer nur 24 M verdient, kann nicht den gleichen Extrabeitrag leisten wie der Kollege, der 72 M verdient. Gefordert werden freiwillige Gaben zum Hilfsfonds. Es ist schmerzlich, wenn einer Frau, deren Mann eingezogen ist, die Unterstützung verweigert werden muß, wenn ihr Mann, obgleich er es konnte, zum Hilfsfonds nicht beigetragen hatte. Jeder gebe also freiwillig nach seinem Vermögen. Dann kann der Verband tragen, was auch über ihn hereinbricht, wenn alle Mitglieder im Geiste der Solidarität Mitarbeiter werden im Verbands. Notwendig ist auch die Werbung der noch nicht organisierten Kollegen für den Verband. Man täusche sich nicht über die Wichtigkeit des Burgfriedens. Wenn dieser gebrochen werden sollte, was hoffentlich nicht geschehe, dann hilft den Arbeitern nur die starke, leistungsfähige Organisation. Die Hoffnungen der im Kriege für uns kämpfenden Genossen auf den Verband dürfen nicht enttäuscht werden. Der Verband muß auch nach dem Kriege allen Schritten trohen können. Also, auf zur Mitarbeit und Mithilfe! (Lebhafte Beifall.) In einer kurzen Aussprache wurde noch die Genümmung der Jugendlichen für den Verband, der Ausbau der Jugendabteilung, Belehrung und Auffklärung, geistige und körperliche Ausbildung der Lehrlinge gefordert, die während des Krieges in solch großer Zahl von den Unternehmern in ihren Betrieben beschäftigt werden. — Frenke teilte noch mit, daß bis heute die Zahl der im Kriege gefallenen Mitglieder der Verwaltungstelle auf über 260 gestiegen sei, darunter viele besonders tüchtige, treue und im Kampfe bewährte Freunde. Das Andenken der Toten wurde durch Erheben von den Sigen geehrt, und in dieser ersten Stimmung die Versammlung mit dem stillen Gelübnis der Treue zum Verbands geschlossen.

Rundschau

Um das Reichsvereinsgesetz.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung hat sich in neuerer Zeit wiederholt bemerkbar gemacht dadurch, daß sie auch in dieser Zeit von der Schornmacherei nicht ablassen kann. Neuerdings hat der Reichstagsbeschluß zur Verbesserung des Vereinsgesetzes sie wiederum auf den Plan gerufen. Der Beschluß hat ohne Zweifel nur den Zweck, den Reichstag eine Mehrheit gefunden, weil er der ungewissen Ausdrucksweise des Volkswillens ist und weil ein Haupttrumpf der Gegner der Arbeiterbewegung, den sie in der Phrase von der „Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie“ zusammengefaßt haben, durch die Tatsache der g... Lügen gestraft wurde. Noch ist die Ausmerzung des Sprachenparagrafen und die Einfügung der Bestimmung, wonach Sprachvereine niemals zu politischen Körperchaften gestempelt werden können, ja nicht zum Gesetz geworden, weil der Bundesrat erst seine Einwilligung geben muß, ja selbst der Regierungsvorsteher kam nicht über ein paar Höflichkeitserwiderungen hinaus und konnte nichts

darüber sagen, wann die Regierung eine entsprechende Vorlage einbringen würde. Die Zeit für gekommen, mit möglichst viel Geräusch den Schleifstein zu drehen und alle Kräfte des Rücktritts auf den Plan zu rufen, um selbst diese geringe Rechtsverbesserung zu hintertreiben. Dies geschieht in ihrer Nummer 35 vom 29. August. Die jetzt geltende Bestimmung, daß Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder politischer Vereine sein und nicht an politischen Versammlungen teilnehmen dürfen, erscheint ihr sehr verständlich. Wenn es sich dabei nur um politische Vereine und Versammlungen handelte, so brauchte sich niemand um diese Bestimmung besonders zu kümmern, denn jungen Leuten unter 18 Jahren fehlt es gewöhnlich noch an Geld und Einsicht, sich an politischen Bestrebungen im eigentlichen Sinne des Wortes beteiligen zu können. Aber darauf kommt es den verschiedenen Vertretern des Rücktritts bekanntlich am wenigsten an. Der Mitgliederstand der sozialdemokratischen Vereine ist durch den Ausschluß der Jugendlichen kaum merklich vermindert worden und ob ein so junger Arbeiter sozialdemokratische Gesinnung hat, ist dem Unternehmer herzlich schnuppe, solange — und da liegt der Haken im Pfeffer — es jenem unmöglich ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Dies soll nach dem Willen der Scharfmacher dadurch unmöglich gemacht werden, daß man die Gewerkschaften schlankweg für sozialdemokratische Vereine erklärt. Bekannt sind verschiedene Maßnahmen der Behörden, durch die dies schon geschehen ist. Wir erinnern nur an die im vorigen Jahre erfolgte Aufforderung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow an Berliner Gewerkschaftsvertreter, die für politische Vereine vorgeschriebenen Mitteilungen an die Polizeibehörde zu machen. (Bekanntlich hat Herr v. Jagow diese Aufforderung nur für die Dauer des Krieges außer Kraft gesetzt.)

Rum hat bei der Verhandlung des Reichstages über diese Sache der Ministerialdirektor Dr. Lewald, wie schon erwähnt, einige Worte zum Lobe der Gewerkschaften gesagt. Schon das paßt der Arbeitgeber-Zeitung nicht. Sie fragt:

„Allein, welche Sicherheit haben wir, daß auch nach überwundener Not und Gefahr die Gewerkschaften fortfahren werden, eine Politik zu treiben, die der nationalen Wohlfahrt entspricht?“

Dies haben die Gewerkschaften zwar stets getan und man kann sagen, daß ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften das deutsche Volk auf die Stufe des russischen Volkes gedrängt worden wäre, von dessen sehr geringer Widerstandskraft wir gerade in dieser Zeit recht deutliche Beweise erhalten haben. So fände es mit dem deutschen Volke, wenn die Hintermänner der deutschen Arbeitgeber-Zeitung hätten schalten können, ungehindert von den Gewerkschaften! Die Arbeitgeber-Zeitung will, daß man erst dann „an eine Revision früherer, sehr begründeter Anschauungen heranzutreten solle, wenn sich auch in der Friedenszeit erwiesen hat, daß die Gewerkschaftsführer ernstlich gewillt sind, zum Nutzen des Vaterlandes und in wirklichem Einvernehmen mit den übrigen Ständen und Schichten des Volkes zu arbeiten“. Das haben die Gewerkschaftsführer von jeher getan; leider mußten sie einen sehr großen Teil ihrer Arbeit darauf verwenden, den schädlichen Einflüssen entgegenzuwirken, die von den Gesinnungsgegnern der Arbeitgeber-Zeitung ausgehen. So stehen die Dinge in Wirklichkeit.

Eine ebenso große Begriffsverwirrung herrscht in den darauf folgenden Ausführungen des genannten Mattes über den Begriff „politische Gegenstände“. Zwar erklärt es diesen Begriff mit Recht für sehr dehnbar. Es treibt aber die Dehnbarkeit nach dem bisherigen Gebrauch der Behörden und Gerichte schmerzhaft entgegengekehrter Seite, denn es sagt nämlich:

„Der § 152 spricht unter anderem von der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Das ganze Arbeitsverhältnis wird von dieser Vorschrift berührt, und es bedarf nur einer mäßigen Dialektik, um von diesem Punkte aus eine Brücke zu jeder nur denkbaren politischen Angelegenheit zu schlagen. Kein Gerichtshof in der Welt wird auf Grund solcher Bestimmungen sagen können, ob die Natur eines Vereins von Berufsangehörigen politisch oder nicht-politisch ist. Jeder Berufsverein wird sich, selbst wenn er ausgesprochen politische Ziele verfolgt, hinter diesem bunten und eigenartigen Vorbehalt verschansen können.“

Das heißt denn doch den wirklichen Sachverhalt auf den Kopf stellen. Wir wollen nicht in die Schreibweise der Arbeitgeber-Zeitung verfallen, sonst müßten wir noch kräftigere Ausdrücke wählen. Bisher war die Sache in Wirklichkeit so, daß selbst die Behandlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch schon oft genug als „politische Angelegenheit“ erklärt worden ist.

Es ist zuzugeben, daß der vorgeschlagene Zusatz über die Vereine von Berufsangehörigen usw. nicht gerade der Gipfel der Vollkommenheit ist. Man hat aber ohne Zweifel lange genug nachgedacht, eine passende Form zu finden und im Vergleich zu dem bestehenden Zustand bedeutet der Zusatz eine wesentliche Verbesserung. Das beweist ebenfalls schon der Schluß der Arbeitgeber-Zeitung dagegen. Dieser Rundgebung werden ohne Zweifel noch weitere folgen. Darum hat die Arbeiter-Zeitung Ursache, die Augen auf und das Pulver trocken zu halten, um den Bestrebungen des Scharfmachertums entgegenzuwirken zu können.

Pflichtigkeitsgelder für Kriegervaisen.

fordert eine vom Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtete Eingabe. In der Begründung dieser Eingabe wird unter anderem auf folgendes verwiesen: Die Dankbarkeit gegen unsere gefallenen Krieger legt uns die Pflicht auf, ihre Familien in ihrem Sinne zu erhalten. Nichts bedeutet aber so sehr ein Gedächtnis des gefallenen häuslichen und Familienlebens, als wenn die Frau zur Erwerbsarbeit gezwungen wird. Auch legt die Abnahme der Geburtenrate, die durch den Krieg verursachte hohe Sterblichkeit und die Notwendigkeit, unser Volk nach Zahl und Mächtigkeit auf der Höhe zu halten, uns die Pflicht auf, die Wälder, soweit möglich, für die Pflege und Erziehung ihrer kleinen Kinder freizustellen.

Um die Säuglinge möglichst lange stillen und pflegen zu können, sollten alle Wälder der Kriegsvaisen wenigstens in deren erstem Lebensjahr nicht zum Erwerb gezwungen werden. Nicht minder zweckmäßig ist es für eine sorgfältige Pflege und Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder, daß ihnen die Wälder voll erhalten bleiben, während nach dem Eintritt in die Schule ein Teil der Erziehungspflichten an diese übergeht. Es werden demnach Pflichtigkeitsgelder für unermittelte Kriegervaisen mit einem Säugling bis zu einem Jahr und Kriegervaisen mit zwei oder mehr Kindern, von denen mindestens eines noch nicht schulpflichtig ist, gefordert. Die Pflichtigkeitsgelder sind nach dem Ortslohn für erwachsene männliche Lagerarbeiter in einer Höhe zu berechnen, die der Mutter gestattet, ihre vollen Kräfte unter Ausschluß der Erwerbsarbeit auf die Pflege ihrer Kinder zu verwenden.

Dem Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen gehören eine Reihe Arbeiter- und Angehörigenvereine sowie Frauen- und Jungmännervereine an; auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist im Ausschuss vertreten.

Vom Ausland

Schweiz.

Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914. Das Schicksal des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes beschäftigte in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit der Gewerkschaftlichen Kreise. Schon die ersten Teile des Jahresberichts über die Schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914. Danach zählte die dem Gewerkschaftsbund angehörende 2 Verbände Ende 1914 57.300 (davon 3.789 weibliche) eingetragene Mitglieder gegen 89.398 (6.692 weibliche) im Jahre 1913, 89.676 am 30. Juni und 88.392 am 30. September 1914. Im Jahresdurchschnitt waren 1914 74.673 (4.511) Beitragsmitglieder gezahlt, um 16,5 Prozent weniger als 1913. Ende 1914 waren um 24 Prozent weniger Mitglieder eingetragen als 1913. Einzelne Verbände erlitten eine Verminderung der Mitgliederzahl bis über 40 Prozent, einige sogar über 80 Prozent und

noch mehr, so der Bauarbeiterverband, der Ende 1914 nur noch 307 eingetragene gegen 1692 Mitglieder im Jahre 1913 zählte. Im Jahresdurchschnitt 1914 zählte er 1035 Mitglieder. Noch weitere 19 Verbände zählten Ende 1914 weniger Mitglieder als im Jahresdurchschnitt 1913, und zwar die der Buchbinder 906 gegen 1022, Gemeinde- und Staatsarbeiter 2422 gegen 2634, Handels- und Transportarbeiter 959 gegen 1245, Freizeithelfer 47 gegen 141, Holzarbeiter 3953 gegen 3711, Putzmaier 256 gegen 276, Lebens- und Genusmitarbeiter 3865 gegen 5341, Lederarbeiter 800 gegen 1208, Lithographen 974 gegen 984, Metallarbeiter 13.805 gegen 16.495, Papier- und graphische Hilfsarbeiter 1103 gegen 1240, Schneider 983 gegen 2020, Steinarbeiter 578 gegen 1078, Textilarbeiter 4423 gegen 5556, Typographen 3871 gegen 3919, Zimmerleute 780 gegen 1450, Maler und Gipser im Jahresdurchschnitt 1612 gegen 2551 und Uhrmacher 16.210 gegen 15.978. Für die letzten beiden Verbände sind die Mitgliederzahlen am Schluß des Jahres nicht mitgeteilt, aber sie sind zweifellos erheblich niedriger gewesen als der Durchschnitt von 1913. Nur zwei Verbände weisen eine Mitgliederzunahme auf, nämlich der des Lokomotivpersonals mit 2629 gegen 2501 und der des Transportarbeiterverbandes mit 14.729 gegen 14.696. Der Krieg hat, wie der Bericht ausdrücklich konstatiert, die Schweizerische Gewerkschaftsbewegung auf den Durchschnittsstand von 1909 zurückgeworfen, das heißt mit ihrem Mitgliederbestand sind mit wenigen Ausnahmen unsere Gewerkschaften um 8 bis 10 Jahre zurückgeworfen worden. Der Bericht hebt auch die den Krieg begleitende Verlesung weiter Wertschichten und die lange dauernden gleichartigen Nachwirkungen nach dem Kriege hervor, um dennoch mit Hoffnungen für die Zukunft der Gewerkschaften zu empfehlen, nur mit allen Mitteln sehr beharrlich umzugehen, die Frauen für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen und der Vorbereitung ihrer Werbetätigkeit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Frankreich.

wd. Am 15. August tagte zu Paris die Konferenz der Gewerkschaften und der Arbeitsschichten, die den Vorläuferkonferenzen der deutschen Gewerkschaften gleichzusetzen ist. Über die Verhandlungen dieser Konferenz hat die französische Presseüberwachung nichts veröffentlicht. Sie hatte sogar an zwei aufeinanderfolgenden Tagen die einfache Ankündigung der Konferenz verhindert. Wir geben deshalb nur die angemessene Entschuldigun wieder. Es waren 38 Verbände durch 68, 84 Bezirksstellen durch 46 und 42 Arbeitsschichten durch 55 Abgeordnete vertreten. Außerdem eine Abordnung der englischen Gewerkschaften. Beschlüssen wurde folgende Rundgebung:

Die Nationalkonferenz der Berufsverbände, Gewerkschaftsverbände und Arbeitsschichten, die im Gewerkschaftshaus am 15. August 1915 tagt, erinnert daran, daß die Gewerkschaft gegen den Krieg sich bei jeder Gelegenheit in der Tätigkeit der Konföderation geäußert hat; im Lande selbst wie in den Beziehungen nach außen. Daß in den Jahren 1900—1901 nach Juchoda, wo die französische und englische Kolonialpolitik zusammenstieß, ein Zusammenstoß, der in einen kriegerischen Konflikt ausquartete, die Konföderation sich an den in Paris und London geschlossenen Rundgebungen beteiligte, die das Proletariat beider Länder einander näherbringen sollten. Daß die Konföderation 1906 nach Tanger verlegt hat, mit dem deutschen Proletariat eine Aktionsgemeinschaft herzustellen, um eine Stellungnahme gegen einen französisch-deutschen Krieg wegen Marokko zu schaffen. Daß die Konföderation 1911 auf Einladung der deutschen Arbeiterorganisationen nach Berlin gegangen ist mit dem einzigen Zweck, für ein friedliches Zusammenwirken der zwei Völker zum Wohle des menschlichen Fortschritts zu arbeiten. Daß bei diesen verschiedenen Gelegenheiten, wie bei seiner Werbetätigkeit, sie nur die eine Hauptaufgabe hatte, in der öffentlichen Meinung eine Friedensatmosphäre zu schaffen. Daß sie im Innern des Landes wie nach außen immer bestrahlt war, die Macht des Eroberungsmilitarismus zu schwächen, dieses Kriegsinstrumentes, das von der Internationale als der Feind jeder Arbeiterbewegung betrachtet wurde. Daß sie auf diese Weise in umfangreichem Maße an der Bildung einer nationalen Meinung beigetragen hat, die jeder Herausforderung und jedem Kriege feindsichtig war. Daß sie durch diese Tätigkeit jeden französischen Angriff gegen irgend welches Land unwirksam gemacht hat, und sich damit der wirklichen internationalen Gesetze befleißigte, die jedes Volk als eine Zusammenfassung von Menschen betrachtet, deren Tätigkeit und Mitwirkung unerlässlich an dem Werke der sozialen Befreiung sind, der Grundfrage der Konföderation. Daß sie nach dieser Sachlage die Überzeugung hat, zu allen Zeiten und an allen Orten in Übereinstimmung mit den wesentlichsten Grundlagen der Internationale gehandelt zu haben, und daß sie infolgedessen schon morgen bereit ist, das Urteil des Proletariats der anderen Länder herauszufordern.

Dadurch betont die Konföderation zugleich ihre Liebe zur Verständigung zwischen den Völkern, wie ihren Wunsch, den Frieden wiederhergestellt zu sehen, für dessen Erhaltung alles getan zu haben ist ein ruhiges Gewissen hat.

Die Konferenz weist alle Eroberungspolitik zurück und ruft das internationale Proletariat auf, damit der Friede, der Preis so vieler Opfer und Abgeschwächter, der endgültige Sieg des Rechtes über die Macht sei. Daß aus den für alle Länder angenommenen Sicherheiten, obligatorische Schiedsgerichte, Befestigung der Geheimdiplomatie und das Gebot des Rüstungswahns die Möglichkeit hervorgeht, die Föderation der Nationen zu bilden, die allen Völkern das Recht sichert, frei über sich selbst zu verfügen und die allen Nationalitäten ihre Unabhängigkeit bewahrt.

Um mit Kraft und Wirksamkeit die vorstehenden Ansichten zu betonen, erucht die Konferenz das ganze organisierte Proletariat unabhängig, den Vorschlag der American Federation of Labor für die Abhaltung eines internationalen Kongresses anzunehmen, der an denselben Ort und zu derselben Zeit stattfindet, wie die Konferenz der Diplomaten zur Festsetzung der Friedensbedingungen.“

wd. Die zu erwarten war, laufen schon jetzt aus den französischen Metallarbeitertreffen allerhand Klagen über die Militarisierung der Privatindustrie ein. Das von uns in Nummer 30 der Metallarbeiter-Zeitung besprochene Rundschreiben des Munitionsministers Genossen Albert Thomas, wird von den Unternehmern für ihre Zwecke mißbraucht. Und das will viel heißen. Denn selbst eine nur beschränkte Anwendung der Fertigung des Munitionsministers bedeutet schon eine empfindliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Vergleich mit dem, was vor dem Kriege bestand. Von überall laufen berechtigte Beschwerden ein, von denen die Humanität vom 26. August einen kleinen Auszug gibt. Vor allem sind die Löhne für die beschäftigten Metallarbeiter viel niedriger. Und trotzdem verlangt man von ihnen die angeforderte Tätigkeit. Man verwendet sie zu allen Arbeiten, ohne ihnen den geringsten Widerstand zu erlauben. Da sie Soldaten sind, scheint es, daß sie denselben passiven Gehorsam unterwerfen sind wie in der Kaserne.“

Folgt der Militarisierung der französischen Privatindustrie sind diese Folgen eigentümlich nicht veränderlich, sondern ganz natürlich. Und wunderbar ist nur, daß die Humanität erst jetzt erwacht, welche Folgen die Zwangsarbeit für die französischen Metallarbeiter zeitigt. Bei Verschlechterung des obengenannten Rundschreibens war es nämlich die Humanität, die den französischen Metallarbeitern in einem besonderen Aufsatze die „Verpflichtung“ der Privatindustrie als eine notwendige vorläufige Last hinsetzte, und die kein Wort des Tadels für die ungenügenden Mängel und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen fand, die die Verfügung enthielt. Natürlich ist ihr durch den Widerstand und die Gegenwehr unserer Kollegen doch unendlich ein Licht darüber aufgegangen, daß bei der Militarisierung der Privatindustrie vor allem die französischen Metallarbeiter die Leidtragenden sind.

In Vorrede sollen gegenwärtig 150 Pariser Dreher und Schlosser als „besonders“ Metallarbeiter beschäftigt sein. Sie verdienen dort bei 4 bis 5 Stunden Arbeit 4 bis 5 Franken (3,20 bis 4 M.). Ein Pariser Dreher oder Schlosser verdient aber vor dem Kriege in der Automobilindustrie 50 Centimes bis 1,25 Franken die Stunde; also bei jetztiger Arbeitzeit 9 bis 12,5 Franken. Die Löhne in Bordeaux waren für dieselben Arbeiter 6 bis 7 Franken. Die jetzigen Löhne bedeuten also eine unerhörte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die noch plünder durch Vertiefung aller Lebens-

mittel geworden ist. Ueber Nordbahnen auf Granaten in den Werksstätten der Ostbahn berichtete die Humanität am 16. August. Dort sind kurz aufeinander zwei Abzüge erfolgt. Das erstmal zu 25 Prozent und das zweitemal zu 30 Prozent. Und dies trotz der Verfügun des Munitionsministers, die Preislisten für Nordbahnen auszubängen und die ortsüblichen Löhne zu zahlen. Auch der vereinbarte 14tägliche Ruhetag wird in verschiedenen Betrieben nicht eingehalten, so v allem nicht in der Automobilfabrik von Renault in Paris-Suresnes.

Eingegangene Druckschriften

Heft 23 der Neuen Zeit vom 3. September 1915 hat folgenden Inhalt: Friedrich Adler: Am Scheidewege zwischen Kolb und Bel. — Otto Jenßen: Die Blinden und der Krieg. — F. Meiring: Kriegsgeschichtliche Probleme (Fortsetzung). — A. S. Drei französische Kriegsbücher. — Literarische Rundschau: Prof. Dr. W. Silberleit, Die Auswanderungsgefahr. — Prof. Dr. Gustaf Wolff, Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren. — Adolf Heilborn, Allgemeine Völkerkunde. — Ernst Viktor Jenke, Soziale Moral in China und Japan. — Anzeige.

Die moderne Vorkalkulation in Maschinenfabriken. Handbuch zur Berechnung der Bearbeitungszeiten an Werkzeugmaschinen auf Grund der Laufzeitberechnung nach modernen Durchschnittswerten für den Gebrauch in der Praxis und an technischen Lehranstalten von W. Stegerik, technischer Kalkulator, unter Mitarbeit von F. Bort, Betriebsingenieur, Benrath a. Rh. Mit 21 Abbildungen, 36 Tabellen und 63 Tabellen. Berlin W., Verlag von W. Krahn, 1915. 111 Seiten. Preis gebunden 4 M. — Der Verfasser beabsichtigt, mit diesem Buche dem Betriebsingenieur, dem Werkmeister und dem berufsmäßigen Kalkulator ein brauchbares Hilfsmittel zur genaueren Vorherbestimmung der Akkordpreise an die Hand zu geben. Er gibt nicht nur Angaben über Schnittgeschwindigkeit und Vorschub, sondern auch über die Aufspannungen. Er will genaue Werte geben, nach denen mit Sicherheit gerechnet werden kann. Er meint, die berüchtigte „sichere Schätzung“ habe schon manchem sonst gut geleiteten Betriebe schweren Schaden gebracht; zum mindesten führe die solche Berechnung der Akkordpreise zu fortwährenden Streitigkeiten mit der Arbeiter-Zeitung und zeitliche bisweilen infolge zahlreicher Widersprüche in den Akkordpreisen ganz unangenehme Zustände. Wie weit dieses Buch die Verprechungen des Verfassers erfüllt, ist natürlich in der Werkstatt nachzuprüfen. Was von der „sicheren Schätzung“ oft zu halten ist, davon wissen unsere Kollegen ein Lied zu singen. Auf jeden Fall werden sie vorziehen, nach den Angaben eines Vorgefertigten zu arbeiten, der sein Geschäft versteht, als nach denen eines unfähigen, der seine Lauglichkeit lediglich durch Preisbrüdererei zu beweisen sucht und dessen Fehler sie dann ausbaden müssen. Es wird sich auch empfehlen, daß besagte Kollegen, Werkmeister, Vertrauensmänner usw. das Buch anschaffen, um mit dessen Hilfe Akkordpreise nachprüfen zu können.

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir um genaue Beachtung des Folgenden:

Es sind zu senden: Mitteilungen wegen Fernhaltung des Zuganges und Änderungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16 a; Berichte und sonstige Beiträge, die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen, ferner Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen in Verbandsangelegenheiten, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötterstraße 16 b, und niemals nach Berlin, Casseler Straße 86—88; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Verbandsstellen in Stuttgart, Rötterstraße 16 b, oder in Berlin N., Casseler Straße 86—88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Verbandsstellen zugeteilt worden ist; Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötterstraße 16 b. Mitteilungen an die Schriftleitung oder an die Verbandsstellen sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Verbandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzugeben. Die nuzgenächsten Ortsverwaltungsmitglieder ersuchen wir besonders, dies zu beachten.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.** (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Samstag, 11. September: Langensalza, Ob. Felsenkeller, halb 9.
- Dienstag, 14. September: Wittendörge. Siehm, halb 9 Uhr.
- Donnerstag, 16. September: Gamburg-Altona-Garbs. (Freienarbeiter.) Baule, Ede Koshöfen und Neustädter Straße, 8 Uhr.
- Freitag, 17. September: Hannover (Mechaniker). Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
- Samstag, 18. September: Apolda. Bornäris, halb 9 Uhr.
- Burglau. Deutsches Haus, halb 9.
- Leipzig. Goldener Engel, halb 9.
- Regensburg-Schaffstr. Winger, 9.
- Chemnitz. Alter Schützenhof, halb 9.
- Hörsel. F. Fellers Restl., halb 9.
- Weißenfels. Volkshaus, halb 9 Uhr.
- Samstag, 25. September: Dresden. (Feingewerbe.) Volkshaus, kleiner Saal, halb 9 Uhr.
- Bertrauensleutezusammenkünfte. Dresden (Elektrikant.). Samstag, 25. September, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.
- Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl. Berlin. Reisegeld wird nur morgens von 9—10 Uhr oder nachmittags von 4—5 Uhr, Aufenthaltunterstützung nur von 9—10 Uhr morgens ausbezahlt.
- Leipzig. Emil Weiland, Schlosser, 64 Jahre. — Paul Franke, Mechaniker, 28 J., Herzogshagen.
- Regensburg. Aug. Barz, Schmied, 56 Jahre, Magentrebs. — Fritz Tilleke, Bohrer, 46 Jahre, Gehirnerweichung. — Otto Jahn, Former, 57 Jahre, Gehirnerweichung (654).

Sonstige Anzeigen

- Zücht. Drahtweber auf Sand u. mech. Stählen für feine Drahtgewebe u. dauern. Besch. gef. E. B. Ortman, Drahtschweiß. [unz]
- Zuverlässige, selbst. Schlosser und Dreher bei bester Bezahlung für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter Angabe des Alters und der bisherigen Beschäftigung sind zu richten an die Regensburgische Maschinenfabrik, A.-G., Pflaun 1. B. (Betriebsbüro).
- Gesucht tüchtiger Winkelstichter für dauernde Arbeit bei gutem Lohn. Rolandwerk, Berlin & Comp., Berlin-Neu-Westend.
- Einzelständig arbeitende Pelzungsmeister suchen für sofortigen Eintritt. [unz] Rinken & Comp., Königsberg i. Pr.
- Für unsere Marienwerft suchen wir zum sofortigen Eintritt zwei Marienwerftler, einen Dreher und einen Schmied. — Gef. Offerten unter Angabe bisheriger Tätigkeit und Lohnforderung an Porzellanfabrik Teitow bei Berlin. [unz]
- Um Angabe der Adresse des Formers Aug. Denne ersucht die Kollegen dringend [unz] Frau Minna Denne, Hannover, Heidornstr. 1 b, III.
- Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 b.